



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Regierungsrat tief betroffen - Sicherheit der AKW steht im Vordergrund

Der Regierungsrat hat mit Bestürzung von den verheerenden Auswirkungen des Erdbebens in Japan Kenntnis genommen. Die Bevölkerung in den vom Erdbeben, vom Tsunami und von den Vorfällen in Atomkraftwerken betroffenen Gebieten hat ein grosses Leid zu tragen. Die Regierung zeigt sich besorgt über die gewaltigen Folgen der Naturkatastrophe.

Der Entscheid von Bundesrätin Doris Leuthard, das Rahmenbewilligungsverfahren für neue Atomkraftwerke in der Schweiz zu sistieren, wird vom Regierungsrat begrüsst. Es ist abzuklären, ob die ausserordentlichen Ereignisse in Japan höhere Sicherheitsanforderungen bei Schweizer Atomkraftwerken nötig machen. Der Regierungsrat fordert bei diesen Abklärungen absolute Transparenz. Die Sicherheit der Bevölkerung steht im Vordergrund. Der Regierungsrat und die Fachleute des Kantons verfolgen die aktuelle Lage aufmerksam.

Staatsrechnung 2010

Der Regierungsrat hat vom Ergebnis der Staatsrechnung 2010 Kenntnis genommen. Die Öffentlichkeit wird an einer Medienorientierung vom 16. März 2011 informiert.

Kanton und Stadt Schaffhausen spannen bei Fachstelle Lärm zusammen

Der Regierungsrat und der Stadtrat Schaffhausen arbeiten künftig bei der Fachstelle Lärm zusammen. Sie haben eine entsprechende, ab 1. Januar 2011 geltende Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die «Fachstelle Lärm» ist zuständig für alle Belange des Strassen- und Bahnlärms im Kanton und in der Stadt Schaffhausen. Die städtische Fachstelle übernimmt die kantonalen Aufgaben, nachdem die zuständige Fachperson auf kantonaler Ebene im vergangenen Jahr ihre Stelle gekündigt hat.

Die Fachstelle "Lärm" ist neu für alle übergeordneten und koordinierenden Belange des Strassen- und Bahnlärms auf Stufe Kanton zuständig. Auf kommunaler Ebene übernimmt sie gemäss dem gesetzlichen Auftrag die Aufgaben des Lärmschutzes und berät Behörden und Private. Sie stellt entsprechendes Fachwissen bei der Bearbeitung von Projekten und im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zur Verfügung. Sowohl auf kantonaler als auch auf städtischer Ebene ist für die entsprechenden Arbeiten in etwa ein 25 %-Pensum erforderlich. Die Verrechnung der Leistungen für den Kanton erfolgt nach Aufwand. Die gemeinsame «Fachstelle Lärm» ist ein weiteres Beispiel für die gute Zusammenarbeit von Kanton und Stadt Schaffhausen.

Kanton verkauft Bauparzelle in Stetten

Der Regierungsrat verkauft eine Teilparzelle eines Grundstücks des Kantons in Stetten. Der Verkauf entspricht der Immobilienbewirtschaftung des Kantons Schaffhausen. Danach sind Grundstücke, die der Kanton nicht benötigt oder für die wirtschaftliche Entwicklung nicht von strategischer Bedeutung sind, zu veräussern. Das entsprechende Grundstück gelangte im

Rahmen des Landumlegungsverfahrens "Schalmenacker" in das Eigentum des Kantons. Die Baulandparzelle entstand im Zusammenhang mit der Streichung der geplanten Dorfumfahrung.

Personelles

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt von lic. iur. Kurt Gehring, Departementssekretär des Departementes des Innern, per 31. Dezember 2011 Kenntnis genommen. Kurt Gehring geht Ende Jahr vorzeitig in Pension.

Ersatzwahl Aufsichtskommission Berufsbildungszentrum

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt von Martin Kessler, Trasadingen, aus der Aufsichtskommission des Berufsbildungszentrums BBZ per 31. März 2011 Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Aufsichtskommission BBZ wurde Jürg Pfister, Schaffhausen, für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 gewählt.

Dienstjubiläum

Der Regierungsrat hat Christine Beer, dipl. Fachfrau für medizinisch-technische Radiologie HF bei den Spitälern Schaffhausen, die am 1. April 2011 das 25-jährige Dienstjubiläum begehen kann, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 15. März 2011
bis und mit Nr. 10/2011
10/2011

Staatskanzlei Schaffhausen